

NACHRICHTEN

Das syrische Regime warnt

DAMASKUS sda. Das syrische Regime hat vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Aufständische gewarnt. Die Führung in Damaskus wandte sich mit einem solchen Schreiben an die Vereinten Nationen, wie staatliche Medien am Samstag unter Berufung auf das Aussenministerium berichteten. Gleichzeitig versicherte das Ministerium erneut, dass die Regierung von Präsident **Baschar el Assad** unter keinen Umständen mit chemischen Waffen gegen Syrer vorgehen würde.

Monti kündigt Rücktritt an

ROM sda. Sobald das italienische Parlament das Stabilitätsgesetz verabschiedet hat, will Regierungschef **Mario Monti** seinen Rücktritt anbieten. Dies teilte das Büro von Staatspräsident **Giorgio Napolitano** gestern nach einem Krisentreffen mit Monti in Rom mit. Derweil hat Italiens Ex-Ministerpräsident **Silvio Berlusconi** ebenfalls gestern seine erneute Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten bestätigt.

Burmas Führung entschuldigt sich

RANGUN sda. Nach der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten gegen ein geplantes Bergwerk im Norden Burmas hat sich die Regierung bei den betroffenen Mönchen entschuldigt. Der Vorfall bei der Kupfermine in Monywa erfülle die Regierung mit «grossem Kummer». So zitierte die Zeitung «New Light of Myanmar» den Minister für religiöse Angelegenheiten, **Myint Maung**. Die Sicherheitskräfte waren am 29. November gegen zu dieser Zeit schlafende Demonstranten vorgegangen. Mindestens 99 Mönche wurden dabei verletzt.

Ägypten spielt mit dem Feuer

Das säkulare Ägypten bäumt sich auf. Das islamistische Ägypten macht mobil. Die ganze Nation spielt mit dem Feuer. Zu Zehntausenden demonstrieren die Bürger Tag für Tag auf dem Tahrir-Platz und vor dem Präsidentenpalast, so viele wie seit dem Sturz von Hosni Mubarak nicht mehr. Muslimbrüder und Salafisten halten dagegen, lassen ihre eigenen Bataillone aufmarschieren. Mitte der Woche gab es bei blutigen Zusammenstößen die ersten Toten – und seitdem lastet die Gefahr einer weiteren Eskalation über dem Land.

Im Zentrum des Aufruhrs steht das künftige Gesicht Ägyptens, das in der neuen Verfassung fixiert werden soll. Die islamistische Mehrheit wünscht eine vom Islam geprägte Charta, die den Religiösen das letzte Wort bei Recht und Moral zubilligt. Die säkularen Kräfte dagegen wollen dies, im Schulterschluss mit der koptischen Minderheit und den alten Mubarak-Eliten, um jeden Preis verhindern.

Alle Kompromisse jedoch, die in den letzten beiden Wochen noch möglich schienen, sind seit der nächtlichen Rede von Mohammed Mursi erst einmal verspielt. Stattdessen geht der Machtkampf am Nil mit härtesten Bandagen weiter. Wie fremde Heerscharen stehen sich die beiden politischen Grosslager von Islamisten und Säkularen gegenüber, zu allem entschlossen. Misstrauen und Verdächtigungen vergiften das Klima. Und unter dem weiten Deckmantel revolutionärer Rhetorik scheint inzwischen alles möglich. Der erste Mann im Staate attackierte seine Gegner mit unverhohlenen Drohungen. Randalierer in Kairo zündeten das Hauptquartier der Muslimbrüder an und verwüsteten das persönliche Büro ihres spirituellen Führers.

Am Samstag hieb Ägyptens Armeeführung dann erstmals seit Beginn der Staatskrise auf dem Tisch. Man werde eingreifen, wenn die Konfliktparteien nicht zum Dialog zurückfänden. Alles andere führe Ägypten in einen dunklen Tunnel und ein nationales Desaster. Und so rückt die tief zerstrittene Op-



Nahost-Experte Martin Gehlen über die Krise in Ägypten

ANALYSE

position, die sich zu einer nationalen Rettungsfrente zusammengeschlossen hat, nun offenbar von ihren Maximalforderungen ab. Mursi müsse alle seine Dekrete komplett widerrufen, war bisher der herrschende Tenor. Und er

müsse eine neue verfassungsgebende Versammlung nominieren, die die Pluralität der ägyptischen Gesellschaft wirklich widerspiegelt.

Der Präsident im Gegenzug scheint angesichts der Unruhe in der Bevölkerung und der verbalen Warnschüsse der Generäle erstmals bereit, seine Sondervollmachten gegen die Judikative im Kern zu revidieren, nicht nur den Orwell'schen Schlussartikel seiner sechs Selbstermächtigungsdekrete, sondern auch die absolute Kontrolle über alle Entscheidungen des Verfassungsgerichts. Weiter liess er über seine Umgebung lancieren, er könne sich auch das Abstimmungsdatum am kommenden Samstag für das Referendum abhandeln lassen. Nur beim Kern des Konflikts, den geforderten Änderungen

an dem Verfassungsentwurf selbst, hält er mit seinen Absichten weiter hinter dem Berg.

Und geht Ägyptens Machtkampf in die nächste Runde. Alle Seiten wünschen sich das neue Grundgesetz als krönendes Manifest der Selbstbefreiung des Volkes durch den Arabischen Frühling. Ohne echte Kompromisse jedoch wäre es schon bei seiner Geburtsstunde mit dem Makel von Gesetzlosigkeit und Anarchie behaftet. In seinem jetzigen Zustand spaltet die neue Verfassung die Bewohner am Nil so tief wie nie zuvor. Und nur wenn es zu einer substanziellen Einigung kommt, wird das postrevolutionäre Ägypten weiter Kurs halten können in Richtung Demokratie.

nachrichten@luzernerzeitung.ch



Auch gestern wieder kam es in Kairo zu Protesten gegen die neue Verfassung Ägyptens.

AP/Maya Alleruzzo

«Wir dürfen ruhig sagen, dass wir die Besten sein wollen»

DOHA Der Weltklimagipfel brachte nur wenig Zählbares. Klimaforscher Thomas Stocker ist unzufrieden. Und er fordert ein grösseres Engagement der Schweiz.

Thomas Stocker, der Weltklimagipfel in Doha ist zu Ende – das einzige Ergebnis: das Kioto-Protokoll wird verlängert. Sind Sie enttäuscht?

Thomas Stocker: Enttäuschung ist in solchen Fällen immer vorhanden. Nach dem Klimagipfel im vergangenen Jahr bestand durchaus Hoffnung auf Fortschritte: Die Entwicklungsländer bewegten sich, und dass sich China an den Verhandlungstisch gesetzt hat und den Klimawandel nicht mehr negiert, ist auf jeden Fall positiv. Trotzdem ist Doha ganz klar eine Enttäuschung.

Verkommen die Weltklimagipfel nicht immer mehr zu Zeremonien, die eigentlich gar nicht viel bringen?

Stocker: Wenn es so weitergeht, besteht dieses Risiko. Als Schweizer wissen wir aber gut, wie lange es dauern kann, bis ein eidgenössischer Konsens zu Stand kommt. In der Schweiz müssen wir 26 Kantone unter einen Hut bringen, am Weltkli-



Thomas Stocker. Keystone

magipfel verhandeln Vertreter von 194 Staaten.

Was eine Einigung schon fast unmöglich macht.

Stocker: Es ist sicherlich nicht einfach, dass bei einer solch grossen Konferenz am Ende alle am gleichen Strick ziehen. Die Bilanz nach 18 Klimagipfeln ist aber nicht null, obwohl die weltweiten CO₂-Emissionen nach wie vor ungebremst ansteigen und 2011 wieder Rekordwerte geschrieben haben. Aber es ist gelungen, ein Kioto-Protokoll zu formulieren, das in Kraft ist und mit dem erstmals ein Mechanismus zur weltweiten Reduktion der CO₂-Emissionen vorliegt. Vor drei Jahren wurde dann das Ziel vereinbart, die weltweite Erwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu beschränken, und die Bildung eines Fonds zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels wurde prinzipiell gutgeheissen, der durch die Industriestaaten alimentiert wird.

Trotzdem: Woran liegt es, dass es beim Klimaschutz nicht schneller vorwärtsgeht?

Stocker: Das Klimaziel 2 Grad Celsius bedeutet eine dritte industrielle Revolution, das heisst die langfristige Abkehr von fossilen Brennstoffen, von denen die heutige Industrie fast zu 100 Prozent abhängig ist. Somit stehen gewaltige Interessen auf

dem Spiel. Es gibt viele Staaten, Firmen und Organisationen, die ein starkes Interesse haben, dass sich am Status quo so schnell nichts ändert.

Hängt das möglicherweise auch damit zusammen, dass Wissenschaftler zu schwarz malten?

Stocker: Das Gegenteil ist der Fall, wie jüngste Studien belegen. Die Berichte des UNO-Weltklimarats, die seit 1990 publiziert werden, konzentrierten sich auf gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse und waren deshalb eher auf der konservativen Seite. Es gibt nur wenige Kolleginnen und Kollegen, die dramatisieren.

Letzten Endes dreht sich alles um die eine Frage: Wie viel Zeit bleibt uns noch, um das Steuer herumzureissen?

Stocker: Es ist, wie wenn Sie mit einem Auto auf eine Mauer zurasen. Entscheidend ist, wann Sie sich entschliessen, zu bremsen. Unter Umständen ist es dann bereits zu spät. Je länger wir warten, desto mehr laufen wir Gefahr, dass wir gewisse Klimaziele gar nicht mehr erreichen können.

Zum Beispiel?

Stocker: Wenn wir bis 2027 so weitermachen, wird sich die Erderwärmung nicht mehr auf maximal 2 Grad Celsius beschränken lassen. Eine Beschränkung auf maximal 1,5 Grad Celsius ist bereits heute eine Illusion.

Tut die Schweiz denn eigentlich genug für den Klimaschutz?

Stocker: Wir müssen und können mehr machen. Es ist unsere historische Chance aufzuzeigen, dass eine moderne Gesellschaft mit intelligenten Produkten, geschlossenen Materialzyklen und erneuerbaren Energien den Verbrauch massiv reduzieren kann. Das vermindert nicht nur unsere einseitige Abhängigkeit von

einem endlichen Rohstoff, sondern ermöglicht uns, neue Märkte früh zu besetzen. Zum Beispiel im Gebäude- und Verkehrssektor könnten wir bereits heute sehr viel mehr herausholen.

Aber all dies ist mit enormen Kosten verbunden.

Stocker: Sicher kostet das etwas, aber das sind doch vorgezogene Investitionskosten. Solche Ausgaben schaffen hier neue Arbeitsplätze, die heimische Wirtschaft profitiert davon. Ganz im Gegensatz zu den Klimazertifikaten, die von einzelnen Parteien und Organisationen als die günstigere Massnahme zum Klimaschutz angepriesen werden – eine offensichtliche Strategie, am Status quo festzuhalten. Anstatt den Franken hier bei uns zu investieren, fliesst er ins Ausland ab, und unsere Infrastruktur veraltet weiter. Wo das hinführt, kann man in den USA anschaulich nachprüfen.

Haben wir denn eine Alternative?

Stocker: Wenn wir als Industrieland, Innovations- und Technologiestandort überleben wollen, gibt es meiner Meinung nach nur diesen Weg.

Wie steht es denn um das internationale Engagement der Schweiz?

Stocker: Die Schweiz sollte auch hier noch ehrgeiziger sein. Wir dürfen ruhig sagen, dass wir in Sachen Klimaschutz die Besten sein wollen. Immer noch hat Schweden ehrgeizigere Klimaziele beschlossen als Europa und die Schweiz. Dies sollte uns zu denken geben.

INTERVIEW DOMINIK BUHOLZER dominik.buholzer@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

► Thomas Stocker (53) leitet die Abteilung Klima- und Umwelphysik an der Universität Bern. ◀

Kioto-Protokoll bis 2020 verlängert

DOHA sda. Die 194 Staaten haben sich am Weltklimagipfel in Doha geeinigt: Das Kioto-Protokoll zur Reduktion der Treibhausgase soll bis zum Jahr 2020 verlängert werden. Das drückte die katarische Präsidentschaft der UNO-Klimakonferenz in Doha am Samstag durch.

Katar verhinderte so ein Scheitern des Gipfels. Das Kioto-Protokoll wäre eigentlich Ende Jahr ausgelaufen. Darin hatten sich die Industriestaaten verpflichtet, ihren jährlichen Treibhausgas-Ausstoss zwischen 2008 und 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Nun haben sich 37 Länder verpflichtet, ihre Treibhausgase bis 2020 weiter zu reduzieren, darunter alle EU-Staaten. Die in Doha beschlossene Verlängerung (Kioto II) sieht bislang keine Verschärfung der Ziele vor.

Weltklimavertrag bis 2015

Ursprünglich sollte in Doha weiter über einen neuen Weltklimavertrag verhandelt werden, der ab 2020 für Industrie- wie Schwellenländer gelten soll. Ziel ist, dass der neue Vertrag bis 2015 ausgehandelt ist. Das Kioto-Protokoll ist bisher das einzige verbindende Klimaschutzabkommen. Seine Verlängerung gilt als wichtiges Signal, damit andere Länder sich tatsächlich in einen Weltklimavertrag einbinden lassen.